

Gut aufgestellt im Rathaus? Die Stadt bejaht das, aber das wird nicht überall so gesehen. BILD: LUKAS KLUS

Wie gut ist die Verwaltung wirklich aufgestellt?

PERSONAL Stadt spricht nach Ausfällen von Ausnahme – Gewerkschaft sieht Probleme

VON LUKAS KLUS

WILHELMSHAVEN – Die Situation war außergewöhnlich: Die Kfz-Zulassungsstelle in Wilhelmshaven musste für einige Tage schließen. Der Grund: Personalausfälle. Eine Vertretung konnte die Stadt so kurzfristig nicht organisieren. Das wirft die Frage auf: Ist die Verwaltung in Wilhelmshaven personell derzeit so dünn aufgestellt?

Die Situation in Wilhelmshaven

Dass die Personalsituation an der Spitze der Verwaltung derzeit schwierig ist, ist bereits seit einigen Wochen ein Thema. Oberbürgermeister Carsten Feist fällt krankheitsbedingt aus, die Amtszeit seines Stellvertreters Armin Schönfelder ist nach einem längeren krankheitsbedingten Ausfall offiziell geendet. Ein Dreierteam aus Stadtbaurat Niksa Marusic, Kämmerer Thomas Bruns und Finanzfachbereichsleiter Torben Müller hat die Leitung derzeit als Notlösung übernommen. Aber mit der Schließung der Kfz-Zulassungsstelle wegen Personalmangels fragt sich: Kriselt es nicht nur an der Spitze?

Die Stadt selbst zumindest dementiert das. Die Schließung der Kfz-Zulassungsstelle sei eine „nicht vorhersehbare Ausnahmesituation gewesen“, so hieß es in einer Pressemitteilung, die die Stadt kurz nach Bekanntwerden der Schließung herausgegeben hat. Wegen Urlaubs und krankheitsbedingter Ausfälle sei die Zulassungsstelle ohnehin dünn besetzt gewesen. Dann sei auch das verbliebene Personal ausgefallen, ohne dass die Stadt dafür Gründe angegeben hat. Aufgrund eines IT-Programm-Wechsels, für den andere Verwaltungsmitarbeiter nicht geschult sind, habe auch keine Vertretung aus einer anderen Abteilung organisiert werden können.

Und trotzdem heißt es in der Mitteilung auch: „Die Stadtverwaltung ist organisatorisch gut aufgestellt.“ Der Totalausfall der Kfz-Zulassungsstelle sei eben nur – eine Ausnahme.

1500 Beschäftigte in Wilhelmshaven

Was man unter gut aufgestellt versteht, macht eine Sprecherin der Stadt auf Nachfrage deutlich: 1500 Menschen arbeiten insgesamt in der Verwaltung, die städtischen Eigenbetriebe sind hier eingerechnet. Grundsätzlich stehen den Beschäftigten dreißig Urlaubstage zu. Über die Häufigkeit von krankheitsbedingten Ausfällen machte die Stadt keine Angaben. Grundsätzlich gebe es aber Vertretungsregelungen, das Risiko von Komplettausfällen sei gering. Der Personalausfall während Krankheitswellen sei bisher beherrschbar gewesen. Im Falle der geschlossenen Kfz-Zulassungsstelle kündigt die Stadt dennoch Konsequenzen an: So sollen künftig mehr Mitarbeiter dafür einsatzfähig gemacht werden, um im Falle eines Ausfalls einspringen zu können.

Gewerkschaft: Personalmangel durchaus Problem

Also ist (wieder) alles gut in der Verwaltung? Es kommt darauf an, wen man fragt. Das Bild, das von der Gewerkschaftsseite gezeichnet wird, ist zumindest weniger rosig. Laut der Gewerkschaft Verdi, die unter anderem die Interessen von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst vertritt, zeigen sich in Wilhelmshaven die gleichen Probleme wie in vielen Kommunen in Deutschland – und die haben durchaus mit Personalmangel zu tun.

So beklagen Beschäftigte aus der Verwaltung grundsätzlich eine erhöhte Arbeitsbelastung. Neben krankheitsbedingten Ausfällen ist einer der Hauptgründe dafür eine Tendenz zum Personalabbau, während gleichzeitig die Aufgaben der Kommunen mehr werden. Das deckt sich auch mit einer bundesweiten Befragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aus dem Jahr 2024: Mit 53 Prozent gab mehr als die Hälfte der befragten Beschäftigten aus Verwaltung und öffentlichem Dienst an, dass ihr Arbeitsbereich in hohem oder sehr hohem Maß von Personalmangel betroffen war.

Moriße geht gegen Wahlausschuss vor

POLITIK AfD-Politiker reicht Eilantrag beim Verwaltungsgericht ein

VON LUKAS KLUS

WILHELMSHAVEN – Die Entscheidung des Wahlausschusses, den AfD-Politiker Thorsten Moriße nicht zur Oberbürgermeisterwahl in Wilhelmshaven zuzulassen, hat ein juristisches Nachspiel. Wie Moriße nun bekannt gegeben hat, hat sein Anwalt einen Antrag auf ein Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht. Mit dem Verfahren möchte Moriße die Entscheidung des Wahlausschusses anfechten. Der Wahlausschuss hatte in seiner Sitzung am 28. Juli gegen eine Zulassung des AfD-Politikers zur Oberbürgermeisterwahl gestimmt. Begründet wurde die Entscheidung mit Zweifeln an der Verfassungstreue von Moriße. Bereits am Tag der Entscheidung hatte der AfD-Politiker angekündigt, juristisch gegen den Wahlausschuss vorgehen zu wollen.

> „Ich gehe davon aus, dass die Entscheidung des Wahlausschusses ungültig ist.
>
> **Thorsten Moriße**
> AfD-Politiker

„Ich gehe davon aus, dass die Entscheidung des Wahlausschusses ungültig ist“, so Moriße im Gespräch mit unserer Redaktion. Im Eilverfahren beruft er sich auf formale Fehler des Wahlausschusses. So seien entscheidende Unterlagen nicht zeitig bei ihm eingetroffen. Sein Vertrauensmann habe wichtige Informationen zum Wahlausschuss überhaupt nicht erhalten. Das Votum des niedersächsischen Innenministeriums, auf das sich der Wahlausschuss bei seiner Entscheidung berief, habe Moriße selbst erst zwei Tage nach der Sitzung des Ausschusses erhalten. Moriße äußerte weiterhin Zweifel, dass die Mitglieder des Wahlausschusses das Votum vorher in Gänze gelesen haben.



Der AfD-Politiker Thorsten Moriße geht gegen die Entscheidung des Wahlausschusses vor, ihn nicht zur Oberbürgermeisterwahl in Wilhelmshaven zuzulassen. DPA-BILD: KAUSCHE

Das Verfahren bezieht sich nur auf mutmaßliche Formfehler des Wahlausschusses. Moriße möchte nach eigenen Angaben damit erreichen, dass die Entscheidung des Wahlausschusses formell ungültig wird. Die Möglichkeit, die Entscheidung inhaltlich anzufechten, hat der AfD-Politiker erst nach der Wahl am 13. September in Form eines Wahlanfechtungsverfahrens.

Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat bestätigt, dass ein entsprechender Eilantrag eingegangen ist. Die 6. Kammer des Gerichts wird noch vor dem Wahltermin über die Sache entscheiden.